



## Martin Patzelt MdB



Liebe Leserinnen und Leser, in dieser Sitzungswoche haben sich die 23 Ausschüsse des Deutschen Bundestages konstituiert. Wie schon in der letzten Legislaturperiode bin ich erneut im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Im Bereich Familie werde ich mich nach wie vor für die Belange der Mehrfamilienfamilien einsetzen. Zudem werde ich mich weiterhin mit dem demografischen Wandel beschäftigen und mich um eine allgemein gültige Definition des Begriffs Kindeswohl bemü-

hen. Ein wichtiges Anliegen ist mir nach wie vor das bürgerschaftliche Engagement. Den noch einzurichtenden Unterausschuss möchte ich gerne um den Bereich Demokratieerziehung erweitern. Nach wie vor ist die Extremismusbekämpfung mein Thema. Dazu habe ich diese Woche zum AfD-Antrag zur Wiedereinführung der Demokratieklausele gesprochen. Mehr dazu auf der nächsten Seite.

Am Mittwoch fand im Bundestag eine Gedenkfeier für die Opfer des Nationalsozialismus statt. Am 27. Januar 1945 wurde das deutsche Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz

durch die Rote Armee befreit. Diesen Tag begehen wir jedes Jahr in Erinnerung an die schrecklichen Verbrechen der Nazi-Diktatur. Bedauerlicherweise gibt es nach wie vor ein markantes Ausmaß an Antisemitismus in unserem Land. Wir werden aber nicht zulassen, dass Menschen jüdischen Glaubens vermehrt um ihre Sicherheit fürchten müssen. Eine anregende Lektüre wünsche ich Ihnen.

Herzlichst

Ihr Martin Patzelt

## Neujahrsempfang der CDU Oder-Spree

Der Neujahrsempfang CDU Oder-Spree führte wieder viele CDU-Mitglieder, aber auch Verantwortungsträger aus dem Landkreis zusammen. Es herrschte eine ausgezeichnete Gesprächsatmosphäre und natürlich ein wenig Wahlkampfstimmung bezogen auf den künftigen Bürgermeister von Fürstenwalde. Wir stehen an der Seite unserer Kandidatin, der Vorsitzenden der CDU Oder-Spree Karin Lehmann. Die Festrednerin des Abends, die

Bundestagsabgeordnete Dietlind Tiemann, teilte spannende Erfahrungen als langjährige Oberbürgermeisterin und neugewählte Bundestagsabgeordnete

mit und gab Anregungen für den OB-Wahlkampf in Fürstenwalde. An der CDU LOS kommt keiner mehr so leicht vorbei.



v.l.n.r.: Karin Griesche (SU Kreisvorsitzende LOS), Martin Patzelt (MdB), Karin Lehmann (Kreisvorsitzende LOS und stellv. Landesvorsitzende), Anke Winkmann (Datenschutzbeauftragte LOS)

## Meine Rede zur Demokratieklausel

*Zum Antrag der AfD, bei der Vergabe staatlicher Fördergelder von den Empfängern wieder die Unterzeichnung einer Demokratieklausel zu verlangen, habe ich am Freitag folgende Rede im Deutschen Bundestag gehalten, die hier in Auszügen wiedergegeben wird. Den vollständigen Text finden Sie auf meiner Homepage:*

Die Diskussion ist spannend, weil es um ein Thema geht, das uns allen sehr am Herzen liegt: das Wohl des deutschen Volkes. Was bringt diese Klausel? Wenn bereits in allen Nebenbestimmungen das Erfordernis der demokratischen Grundhaltung und die Folgen der missbräuchlichen Nutzung von Fördergeldern geregelt sind, warum müssen wir dann all denen, die sich hier in langjähriger, nicht zu unterschätzender Arbeit vorwiegend um junge Menschen kümmern, dieses Misstrauen entgegenbringen? Viele haben in einer Kurzschlussreaktion gesagt: Dann verzichten wir eben auf das Geld.

Ich kann das nachvollziehen, aber es ist schade; denn im Grunde haben sie das ja mit ihrer Unterschrift unter den Förderbescheid schon zugesagt. Ich frage mich auch, warum wir eine solche Extraklausel als Garantie für die Einhaltung demokratischer Verhaltensweisen – so verstehe ich die AfD – fordern sollen. Auch wenn Sie alle zu einem Notar schleppen würden und die Unterschriften notariell beglaubigt würden, würden Sie nicht verhindern

können, dass es eine missbräuchliche Nutzung gibt und sich Wölfe im Schafspelz einschleichen, um Fördergelder zu bekommen. Nein, das ist keine Garantie. Wir sorgen für vernünftige Lösungen. In der letzten Legislaturperiode haben wir zum Beispiel geregelt, dass die Förderung mit einem langen Begleitschreiben einhergeht. Wir haben eine Beratungsstelle eingerichtet und werden darauf achten, dass wir weiterhin jedem Missbrauch, der durch die Medien oder andere Informationen öffentlich wird, nachgehen – wie bisher auch. In der Fülle der geförderten Projekte sind das ausnehmend wenige.

Was brauchen denn junge Menschen? Junge Menschen sind in einer Lebensphase, in der sie sich in besonderer Weise für Werte engagieren. Sie haben noch nicht die Lebenserfahrung, aber sie stehen für eine veränderte Welt, weil sie wahrnehmen, dass die Welt, in der wir leben, nicht vollkommen ist. Dann ist es manchmal zufällig, ob sie sich mehr rechten oder linken Gedanken zuwenden. Ich wehre mich immer mehr dagegen, diese Kategorien zu wählen. Dann brauchen sie Hilfen.

Dazu brauchen wir Lehrer, die Eltern und auch Politiker, die mit gutem Beispiel vorangehen und sagen: Wir glauben daran, dass wir die schweren Aufgaben bewältigen können, und zwar gemeinsam, nicht durch Diffamierung von bestimmten Gruppen, die anders denken. Es geht darum, in einer unermüdlichen und immer neuerli-

chen Mühe die Zeichen der Zeit zu erkennen und sich der Zukunft nicht zu versagen, sondern mit in diese Zukunft zu gehen.

Wir haben heute vielfach Zitate von einigen Politikern gehört. Ich habe gedacht: Warum wehren Sie sich so dagegen, Ihre eigenen Zitate zu hören? Ist das ein Zuwachs an Erkenntnis? Oder schämen Sie sich dafür. Ich weiß es nicht. Aber auch ich habe mir welche aufgeschrieben: Linksextreme Lumpen sollen und müssen von deutschen Hochschulen verbannt und statt einem Studienplatz lieber praktischer Arbeit zugeführt werden. Wir müssen ganz friedlich und überlegt vorgehen, uns ggf. anpassen und dem Gegner Honig ums Maul schmieren, aber wenn wir endlich soweit sind, stellen wir sie alle an die Wand. Oder: Den „widerlichen grünen Bolschewisten“ sollte man „eine Grube ausheben“, die, die sich um die Zukunft in besonderer Weise kümmern. „Wir sollten Tierversuche stoppen und Flüchtlinge dafür nehmen.“ „Wir sollten endlich über die Endlösung für die Muehlen in Deutschland nachdenken.“

Solange Sie solche Äußerungen machen, sind Sie ein demokratiegefährdendes Element in unserer Gesellschaft. Ich will Sie dazu ermuntern, dass Sie einmal darüber nachdenken und dass Sie junge Menschen nicht zu extremen Positionen treiben, sondern sie dort abholen, wo sie in ihrer Lebensphase stehen, und ihnen helfen, Zukunft zu gestalten, statt die Ikonen der Vergangenheit zu putzen.

## Erneut Mitglied im Menschenrechtsausschuss

Empathisch, beunruhigt, wachsam und verantwortungsbewusst bleiben, das ist meine Devise als Mitglied des Menschenrechtsausschusses in der 19. Wahlperiode.

In der konstituierenden Sitzung am Mittwoch, den 31.01.2018, übernahm die jüngste Bundestagsabgeordnete, Gyde Jensen (FDP), die Leitung des Menschenrechtsausschusses. Mit ihren Worten zeigte Frau Gyde nicht nur ihren jungen frischen Optimismus, engagiert mit uns die Menschenrechtsarbeit

aufzunehmen, sondern machte auch deutlich, dass Menschenwürde und Menschenrechte nicht zur Disposition stehen und für alle Menschen gleich gelten. Ich finde es gut, dass sie noch einmal betonte, dass wir in unserem Grundgesetz den Schutzauftrag der Menschenrechte überantwortet bekommen haben und dass sie es dem Vorsitzenden des Menschenrechtsausschusses aus der letzten Wahlperiode, Michael Brand (CDU), gleichtun und „die Welt ein wenig besser machen“ wolle.

Mir persönlich gibt es Mut und Hoffnung zugleich, mich tatkräftig und verantwortungsvoll dem Schutzauftrag der Menschenwürde zu widmen und in der Menschenrechtsarbeit des neu gewählten Bundestages nicht nachzulassen. So will ich viele Anliegen von Menschenrechtsopfern, die ich seit der letzten Wahlperiode begleite, weiterhin erfolgreich thematisieren und bearbeiten und die ausstehende Entschließung zum illegalen Organhandel zum Abschluss bringen.

## Menschenrechtsaktivisten Unterstützung geben

Unter dem Motto „Aktivisten? Shoot them! – Menschenrechtliche Situation auf den Philippinen“ wurde ich von der „Tageszeitung“ (taz) als Gast einer Podiumsdiskussion im „taz Café“ eingeladen.

Gemeinsam mit Lilli Breininger, Geschäftsführerin von Philippinenbüro e. V., sowie Dominik Hammann, Mitglied der International Peace Observers Network (IPON) in Manila, diskutierte ich über die aktuelle Menschenrechtssituation im pazifischen Inselstaat nach der Amtsübernahme des philippinischen Präsidenten Rodrigo Duterte im Mai 2016 und berichtete von meiner Reise als Mitglied des Ausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe auf die Philippinen vom 07. bis zum 15. Oktober 2016. Dabei ging es vor allem um die Frage wie es vor dem Hintergrund der neuesten, politischen Ent-

wicklungen im Land weitergehen wird und wie die internationale Staatengemeinschaft einen Beitrag zum Schutz von Menschenrechtsaktivisten leisten kann.

Dabei sprach ich auch über meine Bemühungen, die derzeit in Haft sitzende Ex-Senatorin der Oppositionspartei und ehemalige Justizministerin Leila de Lima zeitnah zu besuchen.

Schon bei meiner vergangenen Reise bemerkte ich, dass die Tatsache, dass Parlamentsabgeordnete aus Deutschland angereist kommen, um oppositionelle Politiker zu besuchen, den Menschen vor Ort eine unglaublich große Hoffnung gibt. Dies möchte ich in Zukunft wieder ermöglichen.



von links: Dominik Hammann (International Peace vers Network IPON, Manila), Moderation: Sven Hansen, Asien-Redakteur der taz, Lilli Breininger, Geschäftsführerin Philippinenbüro e. V.

## Enthaltung beim Familiennachzug

Bei der namentlichen Abstimmung über den von der CDU/CSU-Fraktion eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Verlängerung der Aussetzung des Familiennachzuges für subsidiär schutzberechtigte Flüchtlinge habe ich mich der Stimme enthalten.

Nach intensiver Abwägung aller mir bekannter relevanter Daten und Informationen konnte ich diesem Antrag nicht zustimmen. Er führt zu einer generellen Abschaffung dieses Rechts und führt ersatzweise ein „Gnadenkontingent“ ein. Es ist nicht zumutbar, dass weiterhin ei-

ne große Anzahl junger Männer als Flüchtlinge subsidiären Schutz in Deutschland sucht mit der Absicht, ihre Familien in Ausnutzung der Rechtslage nachzuholen (Letztere hätten ggf. einen eigenen Anspruch auf Schutz).

Es ist andererseits aber auch für Kinder nicht zumutbar, für längere Zeit ihrer Kindheit von den Eltern getrennt zu leben.

Eine Altersbegrenzung für einen rechtlichen Anspruch auf Familienanzugs hätte ich angesichts des Interessenkonflikts für eine sinnvollere Lösung gehalten. Jugendlichen ist eher als Kindern zumutbar, tempo-

rär räumlich getrennt von ihrer Familie zu leben.

Mit dem von CDU/CSU und SPD gemeinsam getragenen Beschluss wird der Familiennachzug bis zum 31. Juli weiter ausgesetzt. Danach wird der Zuzug der Kernfamilie aus humanitären Gründen im Umfang von maximal 1.000 Personen im Monat zugelassen. Die genauen Kriterien werden noch in einem Gesetzgebungsverfahren festgelegt. Für besondere Einzelschicksale gilt nach wie vor eine Härtefallregelung. Gleichzeitig entfällt die Aufnahme von monatlich 1.000 Flüchtlingen aus Griechenland und Italien.

## Kurzbesuch im Bundestag

Als unmittelbar vor dem ersten juristischen Staatsexamen stehenden Studenten war es mir eine große Ehre, mich noch einmal für eine Woche in die Strukturen des Bundestages einzuarbeiten und Teil des Teams im Büro von Martin Patzelt zu sein.

Zwar kannte ich den Bundestag und seinen Arbeitsalltag bereits sehr gut, dennoch ist es immer wieder ein tolles Erlebnis, ein Bestandteil dieses wichtigen Bundesorgans zu sein. Es bereitet mir großes Vergnügen, mich kurzzeitig als Mitarbeiter des Bundestages zu fühlen, Bürger-

anfragen zu beantworten und Besuchergruppen zu betreuen. Mein Ein-Wochen-Praktikum ermöglichte mir interessante Ereignisse und neue Perspektiven für meine berufliche Zukunft, die ich mir hier im Deutschen Bundestag oder einer anderen Bundesbehörde gut vorstellen kann. Nun kann ich mich mit diesen neuen Eindrücken auf meine anstehenden Abschlussprüfungen konzentrieren und mit größerer Motivation diesen entgegensehen.

Ich möchte mich ganz herzlich bei Herrn Patzelt, Frau Dr. Blömer, Frau Frenkel und Herrn Uwer für die gemeinsame Zeit und die hervorragende Betreuung bedanken und hoffe auf ein baldiges Wiedersehen!



Aurel Gröne

## Martin Patzelt, MdB

### Büro Berlin

Katja Frenkel  
Dr. Maria Blömer  
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030/227 71440  
Fax 030/227 76439  
martin.patzelt@bundestag.de

### Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Oleksii Kysliak  
Sophienstr. 41/42  
15230 Frankfurt (Oder)  
Tel. 0335/401 24 860  
Fax 0335/530746  
martin.patzelt.ma05@bundestag.de  
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,  
Mi 9-16 Uhr

### Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Oleksii Kysliak  
Beeskowerstr. 114  
15890 Eisenhüttenstadt  
Tel. 0335/401 24 860  
Fax 0335/530746

Um diesen Newsletter zu  
abonnieren, senden Sie uns  
bitte eine E-Mail an:  
martin.patzelt@bundestag.de

[www.martin-patzelt.de](http://www.martin-patzelt.de)

## Projekte für Menschen mit Behinderungen gefördert

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) fördert seit dem 1. Januar 2018 auf der Grundlage des neuen Paragraphen 32 SGB IX niedrigschwellige, von Leistungsträgern und Leistungsbringern unabhängige Beratungsangebote zur Stärkung der Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen und von Behinderung bedrohter Menschen. Davon profitieren in Brandenburg drei Organisationen.

Die Lebenshilfe Frankfurt (Oder) e.V. wird im Rahmen des Projekts „Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung“ von Januar 2018 bis Ende 2020 mit rd. 256.615,50 Euro gefördert. Der Blinden- und Sehbehinderten-Verband Brandenburg e.V. (BSVB e.V.) erhält im gleichen Zeitraum rd. 290.616,66 Euro gefördert. Der Allgemei-

ne Behindertenverband Land Brandenburg e.V. (ABB e.V.) wird mit rd. 151.549,55 Euro bedacht.

Ich freue mich sehr, dass das Bundesministerium für Arbeit und Soziales die Arbeit der Lebenshilfe Frankfurt (Oder) e.V. unterstützt. Seit vielen Jahren setzt sich der Verein für die Interessen der Menschen mit geistiger Behinderung und ihrer Angehörigen ein und fördert die Wohlfahrtspflege sowie die Erziehung und die Begleitung hilfsbedürftiger Personen.

Der Blinden- und Sehbehinderten-Verband Brandenburg e.V. engagiert sich seit mehreren Jahren für Menschen mit Sehbehinderung und verhilft Blinden und Sehbehinderten zu mehr Selbstbewusstsein. Der Allgemeine Behindertenverband des Landes Bran-

denburg e.V. unterstützt Menschen mit Behinderungen und ihre Angehörigen. Er fördert Jugendhilfe für mehr Lebensqualität, Selbstbestimmung und Chancengleichheit. Durch dieses Projekt erhalten Menschen mit Beeinträchtigungen eine personenzentrierte und auf die individuellen Bedürfnisse angepasste Beratung über ihre Rechte und Pflicht sowie mögliche Leistungsangebote zur Teilhabe.

Alle drei Projekte stellen Menschen mit Beeinträchtigungen Beratungsleistungen zur Verfügung, die auf die individuellen Wünsche und Bedürfnisse eingehen und die lokalen Angebote in ihrer Vielfalt darstellen. Die Förderung zeigt einmal mehr, dass die geschäftsführende Regierung weiter „an der Arbeit“ ist.



Zu Besuch, Schülerinnen und Schüler des Bernhardinum Fürstentwale (Spree) im Bundestag, um den Parlamentarischen Betrieb live mitzuerleben. Es ergaben sich interessante Gespräche zur politischen Situation in Deutschland und Europa. Gut, dass Aurel Gröne mich angemessen vertreten konnte. Vielen Dank.